

# CETA durchwinken, mit Bedenken

In Bratislava sprechen sich EU-Minister für Handelsabkommen mit Kanada aus

Die EU-Handelsminister haben sich am Freitag in Bratislava für das Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada ausgesprochen. »Es gibt eine große Bereitschaft, das Abkommen im Oktober zu unterzeichnen«, sagte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Bis dahin müsse die EU-Kommission aber noch einige strittige Punkte klären. In Deutschland wartet zudem eine weitere Hürde: Für den 13. Oktober strebt das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung über Eilanträge gegen das Abkommen an. Zwei Bürgerinitiativen haben zusammen über fünf Millionen Unterschriften gegen die Handelsverträge mit den USA, TTIP, sowie CETA gesammelt und Klage in Karlsruhe eingereicht.

Vor dem Tagungsgebäude in Bratislava protestierten etwa hundert De-

monstranten. CETA und TTIP würden unter dem Deckmantel reiner Handelsabkommen die Demokratie und EU-Umweltstandards aushöhlen, sagte Ernst-Christoph Stolper vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Die Kritiker wollen jedoch nicht zwischen einem »guten CETA und einem schlimmen TTIP« unterscheiden. Beide Abkommen würden die Interessen von Konzernen über die von Bürgern stellen, sagte Heidemarie Porstner von der österreichischen Umweltorganisation »Global 2000«. Doch CETA ist bereits fertig ausgehandelt. Der formale EU-Beschluss ist für den 18. Oktober und die Unterzeichnung für den EU-Kanada-Gipfel am 27. Oktober vorgesehen.

Bedenken hatten zuletzt noch Belgien und Österreich, vor allem gegen Sonderrechte für Investoren und wegen

Risiken für öffentliche Unternehmen. Österreichs Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) schlug einen kompletten Neustart der TTIP-Verhandlungen unter anderem Namen vor. »Es wäre vernünftig, nachdem das Thema so negativ besetzt ist, es vollkommen neu aufzusetzen, nach den amerikanischen Wahlen«, sagte er in Bratislava. Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) übte in der *Tiroler Tageszeitung* noch einmal Kritik an CETA. Er glaube dennoch daran, dass noch eine Einigung erzielt werden könne. Belgiens Außenminister Didier Reynders äußerte sich ähnlich. Sie alle setzen darauf, dass die Vorbehalte durch rechtlich verbindliche »Klarstellungen« ausgeräumt werden können. Zu solchen sei die kanadische Regierung bereit, versicherte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström in Bratislava. (dpa/JW)